

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Vom Brüsseler Vertrag zur westeuropäischen Union

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Vom Brüsseler Vertrag zur westeuropäischen Union, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 10, pp. 550-551

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131967>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

halten ist, dann werden sie Forderungen anmelden.

In all diesen (und vielen anderen) Wirtschaftszweigen steht einem Anstieg des Umsatzes pro Beschäftigten durchschnittlich um 50, teilweise sogar bis zu und über 100 % ein Absinken des Anteils der Löhne und Gehälter je 1000 DM Umsatz bis zu 50 % gegenüber. Selbst wenn man eventuelle Ausgangspreissteigerungen bei den einzelnen Unternehmen voll in Abschlag bringt (was an sich kostenrechnungsmäßig nicht richtig ist), lassen diese Zahlen keinen Zweifel, daß hier ganz erhebliche Reserven vorhanden sind, die in der Hauptsache ihren Niederschlag in Rationalisierung und Investition, Senkung der Preise und Anhebung der Löhne und Gehälter finden könnten.

Freilich ist das nicht das einzige Kriterium, das die Gewerkschaften bei ihrer Lohnpolitik zu beachten haben. Zu den schon erwähnten vorwiegend konjunkturpolitischen Erwägungen treten Fragen des Außenhandels, der (Rohstoff-) Preisentwicklung auf den Weltmärkten und andere. So ist z. B. gar nicht einzusehen, warum in der bekannten und von Unternehmerseite für allein seligmachend erklärten Reihenfolge Investition — Produktivitätssteigerung — Lohnanhebung nicht einmal eine Phasenverschiebung eintreten sollte. Die DAG sieht hierin u. a. ein geeignetes Mittel, konjunkturpolitische Effekte zu erzielen. Das im einzelnen darzutun, würde den hier gesteckten Rahmen sprengen. Zwei Dinge sollen jedoch abschließend gesagt werden: Keine Gewerkschaft hat ein Interesse daran, daß es den Unternehmungen schlecht geht, weil nur gesunde, wirtschaftlich kräftige Unternehmen zur Hebung des Lebensstandards beitragen kön-

nen. Darüber hinaus aber sollte man sich von der Einseitigkeit des Lebenshaltungskosten-Einkommendekens lösen und erkennen, daß für eine Gewerkschaft selbst dann

kein Grund zu untätigem Beharren gegeben ist, wenn der Lohn- und Gehaltsindex den Lebenshaltungskosten-Index einmal nennenswert übersteigen würde. (Sp.)

Sine ira et studio . . .

Das Spectaculum der großen außenpolitischen Debatte im Bundestag ist vor uns abgerollt, und der interessierte Rundfunkhörer, dem es nicht auf Sensationen ankommt, bedauert es immer wieder, daß solche parlamentarischen Auseinandersetzungen nie ganz ohne „Spektakel“ abgehen. So sehr es zu begrüßen ist, daß die Zeiten autoritärer Geheimdiplomatie vorüber sind, und wie sehr wir Verständnis dafür haben, daß die Abgeordneten ihre Konzeption mit Leidenschaft vertreten, so sehr ist es doch bedenklich, daß der Streit über außenpolitische Auffassungen in diesem Übermaße vor der Weltöffentlichkeit ausgetragen wird. Man sollte meinen, daß es eigentlich genügen müsse, wenn in einer vor der Öffentlichkeit geführten Debatte die politischen Gruppen ihre Auffassung prägnant darstellen und sachlich begründen. Nach den parlamentarischen Gepflogenheiten dürfte es ja wohl kaum zu erwarten sein, daß die eine oder andere Gruppe oder gar ein einzelner Abgeordneter auf Grund der Polemik seine Meinung ändert oder das Abstimmungsergebnis in irgendeiner Weise beeinflußt wird.

Was den unvoreingenommenen Staatsbürger immer wieder mit Erstaunen erfüllen muß, ist die Tatsache, daß die aus der verschiedenen sozial- und wirtschaftspolitischen Auffassung entstandenen parlamentarischen Gruppen sich auch in der Außenpolitik so unversöhnlich gegenüberstehen. Das ist in anderen Ländern keineswegs der Fall. Es verblüfft den unvoreingenommenen Staatsbürger um so mehr, weil die Ziele so eng beieinander liegen. Aber nach den bisherigen Erfahrungen wird man die Hoffnung aufgeben müssen, daß sich bei der gegenwärtigen parlamentarischen Zusammensetzung eine mittlere Linie der Außenpolitik finden wird, die wir zur Festigung unseres außenpolitischen Ansehens so nötig hätten.

Immerhin hat sich bei dieser letzten außenpolitischen Auseinandersetzung ein verhältnismäßig klares Bild der Auffassungen abgezeichnet, wenn auch das Letzte ungesagt blieb. Auf der einen Seite steht die klare Auffassung, daß die Sowjets nur dann zu Zugeständnissen in der Wiedervereinigung zu bewegen sein werden, wenn ein geeintes Westeuropa auch für eine militärische Verteidigung gegenüber dem Osten stark genug ist. Auf der anderen Seite herrscht die Meinung, daß jede vorzeitige Bindung, besonders in militärischer Hinsicht, an den Westen die Verständigungsbereitschaft der Sowjets endgültig zunichte macht. Die parlamentarischen Gegner sollten sich gegenseitig auf jeden Fall die Achtung zubilligen, daß die ernste Sorge um ein wiedervereinigtes Deutschland die Leidenschaftlichkeit ihrer Haltung bestimmt. Denn wir müssen darüber klar sein, daß wir bei beiden Wegen in stärkstem Maße auf die Unterstützung unserer internationalen Partner angewiesen sind. Die Entscheidung über die beiden Konzeptionen gipfelt in den beiden Fragen: 1. „Werden die westlichen Staaten bereit sein, beim Zustandekommen einer westeuropäischen Union den Sowjets gegenüber mit Nachdruck und gegen entsprechende Äquivalente, die nicht unbedingt in Europa liegen müssen, eine Wiedervereinigung Deutschlands im Interesse Europas zu vertreten?“ 2. „Wären die Sowjets ernstlich bereit, Zugeständnisse in der Frage der Wiedervereinigung zu machen, solange keine Bindung der Bundesrepublik an die Westmächte vorliegt, oder dienen ihnen die stets ‚fast zu spät‘ abgegebenen Bereitwilligkeitserklärungen nur als taktische Manöver?“ Die Beantwortung beider Fragen liegt nicht bei uns. Zweifelloso wäre es zweckmäßig, wenn sie soweit wie möglich im internationalen Gespräch geklärt werden könnten. (sk)

Vom Brüsseler Vertrag zur westeuropäischen Union

* * * Bonn

Auf der Londoner Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober haben die 6 kontinentalen Regierungen der gescheiterten EVG mit Großbritannien, den USA und Kanada Verabredungen über die politische und militärische Einbeziehung der Bundesrepublik in ein westliches Vertragssystem getroffen. Die militärische Bindung soll direkt an die NATO erfolgen. Da die

NATO aber keine Kontrolle der nationalen Rüstungen ihrer Mitglieder kennt, wie sie zumindest alle europäischen Konferenzteilnehmer für die Bundesrepublik fordern, soll hierfür der Brüsseler Vertrag von 1948 von Grund auf umgebaut werden.

Dieser Vertrag wurde 1948 zwischen Großbritannien, Frankreich und den Beneluxstaaten geschlossen. Er

sieht in den ersten Artikeln eine gemeinsame Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik vor und verspricht im Artikel 4 den Mitgliedern gegenseitigen Beistand, wenn einer von ihnen „Ziel eines bewaffneten Angriffs in Europa“ werden sollte. Als möglicher Angreifer wurde ausdrücklich Deutschland bezeichnet. Gemeint war aber wahrscheinlich auch die Sowjetunion, denn dieser Vertrag wird auch als Vorläufer der NATO betrachtet. In Artikel 6 allerdings heißt es ausdrücklich, daß keiner der zwischen den Mitgliedern und einem dritten Staat bestehenden internationalen Verträge zu dem Brüsseler Vertrag in Widerspruch stehe. Hiermit sind auch die englisch-französisch-russischen Freundschaftsverträge gemeint, die während des Krieges geschlossen wurden. Der ursprüngliche Brüsseler Vertrag hat offenbar Ähnlichkeit mit den Vorschlägen Molotows auf der Berliner Konferenz zu Anfang dieses Jahres, als er ein europäisches Sicherheitssystem unter Zustimmung der Sowjetunion und der USA vorschlug.

Als das Positivste an den Londoner Abmachungen wird allgemein die britische Zustimmung angesehen, sich durch ständige Belassung von 4 Divisionen auf dem Kontinent fester als bisher mit diesem zu solidarisieren. Die Zusage ist offenbar eine psychologische Entlastung für Teile der französischen Öffentlichkeit. Viel diskutiert wird die Frage, wie sich die Londoner Abmachungen auf die Chancen für die Wiedervereinigung Deutschlands auswirken. In dem Abkommen verpflichtet sich die Bundesregierung, diese deutsche Forderung grundsätzlich nicht mit Waffengewalt zu betreiben. Hierin kann sie der Zustimmung des ganzen deutschen Volkes sicher sein. Auch die drei westlichen Besatzungsmächte erklären, daß „die Schaffung eines völlig freien und vereinigten Deutschland durch friedliche Mittel ein grundsätzliches Ziel ihrer Politik bleibt“. Hier besteht aber die Schwierigkeit, daß die vierte Besatzungsmacht, eben die Sowjetunion, die in London beschlossene westdeutsche Aufrüstung als das ernsteste Hindernis für die Wiedervereinigung an-

sieht. Leider wurde auch in der Bundestagsdebatte noch keine Antwort auf die Frage erteilt, wie die Bundesrepublik und die drei westlichen Besatzungsmächte sich die Verfolgung dieses Zieles gegenüber der Sowjetunion vorstellen. Da die Londoner Abmachungen ebenso wie die NATO von der Voraussetzung ausgehen, daß die Sowjetunion der mögliche Störenfried ist, erhebt sich die weitere Frage, ob nicht die Aufrüstung der Bundesrepublik von der Sowjetunion überhaupt als das Ende der Politik der Entspannung angesehen wird, weil man das Wiederaufleben des deutschen Militarismus fürchtet. Diese Befürchtung wird offenbar auch von den Westmächten insoweit geteilt, als sie ja die strenge Kontrolle der deutschen Aufrüstung zur Voraussetzung der Londoner Vereinbarungen machten.

Die französisch-russische Entspannung als Folge der Beendigung der Kämpfe in Indochina, und ebenso die Massenbesuche englischer Parlamentarier in der Sowjetunion und China deuten darauf hin, daß man die Gegensätze zum Ostblock abbauen möchte. Will man die Entspannungspolitik tatsächlich fortführen, dann wird man die Linie des ursprünglichen Brüsseler Vertrages fortführen und die Freundschaftsverträge zur Sowjetunion aufrechterhalten. Dann müßte die westdeutsche Aufrüstung etwa einmünden in die russischen Vorschläge aus dem Jahre 1952 über eine begrenzte deutsche Nationalarmee. Das setzte baldige Verhandlungen mit den Russen voraus und ließe der deutschen Wiedervereinigung Chancen.

Es ist aber auch denkbar, daß die Westmächte in dem Bestreben, die Sowjetunion nicht ernsthaft zu erschrecken, eine tatsächlich sehr eng begrenzte deutsche Aufrüstung zulassen, ihr aber damit die Möglichkeit geben, die deutsche Wiedervereinigung abzulehnen. Erst die jetzt auf Grund der Londoner Abmachungen auszuarbeitenden Verträge werden Antwort geben. Aber die deutschen Unterhändler haben die Möglichkeit, solchen Fehlentwicklungen vorher entgegenzuarbeiten.

DEUTSCHES BUNDES-ADRESSBUCH

DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT



2. Ausgabe · Einziges vollständiges Adressverzeichnis aller Gewerbetreibenden · Innerhalb der Orte nach Branchen gegliedert, Orte zu Landesabschnitten zusammengefaßt · Gesamtwerk 4 Bände · Nach Branchen geordneter Anzeigenteil

Die Bände I und II sind sofort lieferbar:
 Norddeutschland · Nordrhein-Westfalen · Rheinland-Pfalz

Anerkannt durch den Adressbuch-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft



DEUTSCHER ADRESSBUCH-VERLAG FÜR WIRTSCHAFT U. VERKEHR GMBH DARMSTADT